

## Jahresbericht 2013

---



---

*Mehr als 2000 Menschen mit Behinderung, Angehörige, Freundinnen und Betreuende setzten auf dem Rathausplatz ein eindrückliches Zeichen gegen die Sparmassnahmen im Behindertenbereich.*

## Inhalte

1	Geld und Geist .....	3
2	Politische Themen.....	3
2.1	Umsetzung Behindertenkonzept .....	3
2.2	Strategie Sonderschulung 2010-2015 .....	4
2.3	Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit .....	4
2.4	Öffentlicher Verkehr.....	5
2.5	Arbeitsintegration .....	5
3	Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung .....	5
3.1	Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Verbänden .....	5
3.2	Vernehmlassungen, politische Vorstösse und politisches Lobbying.....	6
3.3	Öffentlichkeitsarbeit.....	6
3.4	Vernetzung mit Behindertenorganisationen.....	6
4	Projekte.....	7
4.1	Plattform Behindertenpolitik .....	7
5	Interna.....	7
5.1	Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen .....	7
5.2	Vorstand.....	7
6	Dank .....	7

## 1 Geld und Geist

Ein selbstbestimmtes Leben mit Wahlfreiheit, das ist der zentrale Tenor des Behindertenberichtes, den der Grosse Rat 2012 verabschiedet hat. Er beinhaltet einen Paradigmenwechsel für Menschen mit Behinderung, weg von der versteckten Entmündigung hin zur selbstverantwortlichen Lebensgestaltung. Wer dazu in der Lage ist, soll das können dürfen. Wer dazu unterstützende Begleitung benötigt, soll sie bekommen. Das ist der neue Geist, die postulierte neue Haltung. Sie setzt auf Gleichwertigkeit menschlichen Daseins: Schluss mit Ausgrenzung, Diskriminierung, Geringschätzung und Abwertung.

Regierung und Verwaltung haben diese hehren Grundsätze erarbeitet. Bloss ein Jahr später wird das massivste lineare Sparpaket aller Zeiten im Bereich erwachsener Behinderter geschnürt. Wenn die abstrakten Budgetzahlen in den Hintergrund rücken, weil auf der Bühne die schicksalhaften konkreten Auswirkungen für direkt betroffene Menschen sichtbar werden, dann zieht auch ein sparbemühter Grosse Rat die Notbremse. Chapeau, Grossrätin Christine Häslar, für die Rede zum Thema vor dem Plenum. Schade, dass nicht häufiger auf diesem Niveau, mit so viel Engagement, Authentizität, persönlicher Betroffenheit und Ehrlichkeit, sanfter Gewaltlosigkeit und doch feuriger Eindringlichkeit argumentiert und appelliert wird.

Wir feiern nicht. Wir bedauern sehr, dass die gemeinsame Lobbyarbeit auch dazu geführt hat, dass jene einen hohen Preis zu zahlen haben, denen die Stimme gefehlt hat. Es sind dies zuerst die LangzeitpatientInnen der Psychiatrie. Dann trifft es ganz direkt die KundInnen der Behindertenfahrdienste und die Spitex-KundInnen im Bereich der Haushilfe. Bei der kantonalen Strategie, vermehrt auf ambulante Dienste und heimexterne Lösungen zu setzen, wirkt es paradox, wenn die Kosten der günstigeren Variante ebenfalls zusammen gestrichen werden.

Was bedeutet das nun? Lineare Kürzungen zeitigen gerne teure und irreparable Schäden. Darum sind wir mit unsern Partnern auch künftig bereit, Angebots- und Kostenstrukturen zu hinterfragen, nach individuellen, verträglichen und beständigeren Lösungen zu suchen und bei der Umsetzung derart erarbeiteter Sparmassnahmen mitzuwirken.

Meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand der kbk danke ich sehr für ihr fortwährendes Engagement. Und ganz besonders danke ich Yvonne Brütsch und Christa Schwab für ihren Fleiss, ihre kompetente, sorgfältige, umsichtige, umfassende und effiziente Themenbearbeitung, die sichtbar wird in Veröffentlichungen, in Netzwerkarbeit, Veranstaltungen und in einer klaren und sauberen Gliederung und Ordnung der Geschäfte.

*Kurt W. Meier, Präsident kbk*

## 2 Politische Themen

### 2.1 Umsetzung Behindertenkonzept

Nachdem im Vorjahr der Grosse Rat den Behindertenbericht verabschiedet und Brains mit der Entwicklung des **Verfahrens zur individuellen Bedarfsermittlung und Leistungsbemessung (VIBEL)** begonnen hatte, lag im 2013 das Schwergewicht der Arbeiten bei der Weiterentwicklung von VIBEL.

Die beiden Basel entschieden sich im ersten Quartal gegen die Weiterentwicklung von VIBEL, sie setzen auf das Instrument IBB, welches von den Ostschweizer Kantonen für die Finanzierung der Institutionen eingesetzt wird. Der Kanton Bern kam zum Schluss, dass es sinnvoll ist, VIBEL allein weiterzuentwickeln, weil das IBB den individuellen Bedarf nicht bemessen kann und somit für die Einführung der Subjektfinanzierung nicht geeignet ist. Alle beteiligten Anspruchsgruppen unterstützten diesen Entscheid. In der ersten Jahreshälfte schloss Brains Lücken im Instrument, in der zweiten Jahreshälfte führten sie Fallstudien in drei Institutionen und bei Einzelpersonen durch und werteten diese aus. Indem die Abklärungsergebnisse mit den Gesamtkosten in der Institution in Verbindung gebracht werden, sollen Normkosten entwickelt werden. Die kbk beteiligt sich weiterhin aktiv am Entwicklungsprozess.

Im September organisierte die kbk eine **Informationsveranstaltung**. Claus Detreköy Abteilungsleiter beim Alters- und Behindertenamt ALBA setzte Menschen mit einer Behinderung, deren Angehörige und Beratende über den vorgesehenen Paradigmawechsel ins Bild. Die Veranstaltung stiess auf grosses Interesse, mehr als 80 Personen liessen sich informieren, diskutierten und stellten kritische Fragen.

## **2.2 Strategie Sonderschulung 2010-2015**

Der Regierungsrat verabschiedete im Frühling die Sonderpädagogikverordnung SPMV, die Verordnung unterschied sich nur punktuell vom Konsultationsentwurf. Wenigstens ist die integrative Schulung nicht mehr explizit als Ausnahme verankert. Parallel dazu definierte die Verwaltung das weitere Vorgehen. Neu wird Herr Regierungsrat Pulver den Steuerungsausschuss leiten – aus unserer Sicht eine sehr erfreuliche Entwicklung. Wir hoffen, dass nun Bewegung ins Thema kommt und Lösungen für die vielen Schnittstellenprobleme gefunden werden können. Wir hoffen ebenso, dass durch die intensive Auseinandersetzung mit der Sonderpädagogik klarer wird, was der Gewinn eines Zuständigkeitswechsels ist. Herr Regierungsrat Pulver regte in einer der ersten Sitzungen an, dass zentrale Akteure im Steuerungsausschuss Einsitz nehmen sollen, so dass die kbk vertreten durch Yvonne Brütsch in Zukunft auf höchster strategischer Ebene mitwirken und ihre Anliegen platzieren kann.

Socialbern führt vier Mal jährlich eine Gesprächsrunde zu einem aktuellen Thema durch: Eine prominente Person trifft auf einen Überraschungsgast. Im März war Regierungsrat Pulver Gast und Yvonne Brütsch konnte ihm als Überraschungsgast auf den Zahn fühlen. Eine einmalige Gelegenheit, um Regierungsrat Pulver aufzuzeigen, wie wichtig sein Engagement als Erziehungsdirektor beim Thema Sonderpädagogik ist.

Gegen Ende Jahr trafen gleich mehrere Anfragen zur Mitarbeit in Projekt- und Arbeitsgruppen der Verwaltung ein. Einerseits geht es im Moment darum, Grundlagen für die Umsetzung der SPMV zu erstellen und andererseits steht die Frage an, wie die Sonderpädagogik zukünftig ausgerichtet sein soll und wer dafür verantwortlich sein wird.

## **2.3 Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit**

*Christa Schwab*

Die Internetplattform psy.ch ist ein Wegweiser für psychische Gesundheit im Kanton Bern, welcher für Betroffene, Angehörige und Fachleute die vielfältigen Selbsthilfe-, Beratungs- und Therapieangebote im Bereich psychische Gesundheit im Kanton Bern in einer Übersicht darstellt. Unser Anliegen, dass bei der Gestaltung der Website auch die Sichtweise der Betroffenen und Angehörigen mit einbezogen wird, wurde von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF begrüsst. Und wir regten an, dass die Suche auf der psy.ch nicht diagnosegeleitet erfolgt, sondern von der Befindlichkeit der Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung ausgeht; wie zum Beispiel: „Ich kann nicht einschlafen“ oder „Ich höre Stimmen“. Unsere Impulse wurden von den verantwortlichen Personen von psy.ch aufgenommen.

Ende Mai führte das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit einen Workshop zum Thema „ambulant vor stationär“ durch. Der Workshop stiess bei Betroffenen, Angehörigen und Fachpersonen auf reges Interesse – rund 30 Personen nahmen teil. In dialogisch zusammengesetzten Gruppen wurden die Bedürfnisse an eine zeitgemässe Psychiatrieversorgung ausgearbeitet. In einem nächsten Schritt erarbeitet die Kerngruppe auf der Grundlage der Ergebnisse ein Positionspapier zu den Themen „ambulant vor stationär“, „Regionalisierung der Psychiatrieversorgung“ und „Mobile Equipen“. Schliesslich engagierte sich das Aktionsbündnis im Rahmen der Spardiskussionen erfolgreich dafür, dass nicht bei der ambulanten Psychiatrie gespart wird.

Insgesamt gelang es im Berichtjahr, die Vernetzung des Bernischen Aktionsbündnis Psychische Gesundheit zu erweitern, den Aufbau und die Etablierung im Kanton voranzutreiben und vermehrt Betroffene in die Arbeit einzubinden. Die Berner Aktionstage Psychische Gesundheit fanden vom

5. September bis am 22. November zum zweiten Mal statt. Ziel der Aktionstage ist die vermehrte Sensibilisierung der Bevölkerung und die Entstigmatisierung psychisch kranker Menschen.

## **2.4 Öffentlicher Verkehr**

Wegen nicht funktionierenden Schiebetritten und wegen dem Aufbau eines Informationssystems für Sehbehinderte suchten wir den Kontakt mit der BLS. In einem Gespräch im Frühling zeigte die BLS auf, wie sie die Mängel bei den Schiebetritten schrittweise beheben will. Aufgrund unserer Intervention verbesserte die BLS die Information für Reisende mit einem Handicap auf ihrer Homepage. Die kbk wird über Veränderungen regelmässig informiert und veröffentlicht die Hinweise in den kbk-Informationen. Die Begehung von Bahnhöfen mit Marc Fehlmann, Experte sehbehindertengerechtes Bauen und öV, sensibilisierte den Leiter Hochbau vor Ort für ungelöste Fragen.

Punktuell erhalten wir über die „Ärgerbox öV“ Hinweise auf Barrieren und Hindernisse, die Menschen mit Behinderung die Benutzung des öffentlichen Verkehrs erschweren. Wir leiten diese an die zuständigen Stellen zur Bearbeitung weiter. Leider können nicht alle gemeldeten Missstände sofort behoben werden, der öffentliche Verkehr muss wegen den geltenden Übergangsfristen erst Ende 2023 komplett zugänglich sein.

## **2.5 Arbeitsintegration**

Der Vorstand hat sich in einem halbtägigen Workshop intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was die kbk dazu beitragen kann, um die Arbeitsintegration von Menschen mit einer Behinderung zu fördern. In einem ersten Schritt sollen die Mitgliederorganisationen involviert werden. Dies ist für die erste Mitgliederversammlung um 2014 geplant. Das Vertiefen der übrigen Ideen stellten wir zurück, da ab Mitte Jahr die Bekämpfung der Sparmassnahmen höchste Priorität hatte.

# **3 Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung**

## **3.1 Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Verbänden**

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, ist die Vernetzung mit Behörden, Verwaltung, Politik und Verbänden unabdingbar. Unsere politischen Themen bildeten Gegenstand von zahlreichen informellen Gesprächen und offiziellen Meetings mit BehördenvertreterInnen und politischen VerantwortungsträgerInnen. Bereits Tradition ist die Zusammenkunft mit Regierungsrat Perrenoud und seinen Mitarbeitenden. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Sparmassnahmen im Behindertenbereich und in der Psychiatrie. Insbesondere drückte der Vorstand sein Erstaunen darüber aus, dass Regierungsrat Perrenoud in den Medien wenig Bedauern und Anteilnahme gegenüber den Menschen mit Behinderung geäussert hatte, die von den Sparmassnahmen betroffen sind. Der Vorstand trifft sich regelmässig mit dem ALBA, um gemeinsame Themen vertieft diskutieren zu können. Schwerpunkte bildeten die Sonderpädagogik, die Umsetzung des Behindertenkonzepts bzw. des Behindertenberichts und die Sparmassnahmen. Die kbk wies zudem nachdrücklich daraufhin, dass sich die Platzierungssituation eher wieder verschärft habe, es sei dringend notwendig für Menschen mit einer Behinderung, die einen hohen Betreuungsbedarf haben, passende Angebote zu schaffen. Die Schaffung von KBS-Plätzen allein reiche nicht aus.

Ende März traf sich eine Delegation der kbk mit Regierungsrat Pulver und seinen Mitarbeitern. Es ging darum, Regierungsrat Pulver dafür zu sensibilisieren, was die geteilte Zuständigkeit und die geltenden gesetzlichen Grundlagen für Kinder mit einer Behinderung bedeuten: Heute ist es stark vom Engagement der Eltern abhängig, ob Kinder mit einer Behinderung integrativ oder separativ geschult werden.

Im Hochsommer stand das Gespräch mit Regierungsrätin Egger an. Wir erhielten die Gelegenheit, mit ihr und ihren Mitarbeitern verschiedene Problempunkte zu diskutieren. Bei der sichtbaren Kennzeichnung der Höranlagen ist der Kanton bereits aktiv geworden. Die Hörsäle sollten im Herbst 2013 umgerüstet sein. Die Vorgaben zu Raumakustik in historischen Gebäuden sind in Überarbeitung, die zuständigen Mitarbeitenden werden fürs Thema sensibilisiert. Leider sieht der Kanton keine

Möglichkeiten, die Gemeinden bei der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im öffentlichen Raum zu unterstützen. Hier müssen die Behindertenorganisationen selber aktiv werden.

Zusätzlich finden regelmässig Gespräche mit Socialbern statt und auch mit Lebe konnten wir den Kontakt weiterführen. Ziel all dieser Gespräche ist es, sich gegenseitig über Positionen zu informieren und gemeinsame Anliegen zu koordinieren.

### **3.2 Vernehmlassungen, politische Vorstösse und politisches Lobbying**

Ende Juni verabschiedete der Regierungsrat den Bericht **Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014** zuhanden des Grossen Rates, darin enthalten waren Sparmassnahmen im Umfang von 231 bis 491 Mio. Franken jährlich. Der Behindertenbereich sollte im 2014 rund 16 Mio. Franken sparen und ab 2015 29 Mio. Franken. Sehr rasch war klar, dass sich die kbk gemeinsam mit Socialbern gegen diese massiven Einsparungen wehren würde. Die Einsparungen hätten eine deutliche Verschlechterung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung bedeutet, insbesondere für Menschen mit einem hohen Betreuungsbedarf wäre noch schwieriger geworden, einen passenden Wohnplatz zu finden. Zum Auftakt der Septembersession organisierte Socialbern ein Grossrats-Meeting, während der ganzen Session waren Menschen mit Behinderung, Angehörige und Institutionsleitende über Mittag im Rathaus präsent und suchten das Gespräch mit Grossrätinnen und Grossräten. Viele Menschen mit Behinderung und deren Angehörige wandten sich persönlich an die Grossrätinnen und Grossräte - per Briefpost oder per E-Mail – und auch die kbk versorgte die Grossrätinnen und Grossräte mit ihren Argumenten. Am ersten Tag der Novembersession empfingen auf dem Rathausplatz schätzungsweise 2000 Menschen mit Behinderung, Angehörige, Freunde und Freundinnen und Mitarbeitende von Behinderteninstitutionen, die Grossrätinnen und Grossräte. Ein eindrücklicher Aufmarsch! Bereits davor war abzusehen, dass die Sparvorgaben für den Behindertenbereich deutlich reduziert würden. Den Entscheid, die Einsparungen teilweise in der Psychiatrie zu kompensieren, bedauerten wir. Hier stiessen unsere Argumente auf verschlossene Ohren.

Im Mai forderte die kbk in der **Konsultationsantwort zur kantonalen Kulturförderungsverordnung KKFV**, dass bei der Umsetzung des Kulturförderungsgesetzes, die Grundlagen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Kultur mit spezifischen Massnahmen gefördert wird. Der Austausch zwischen der Abteilung Kulturförderung und der kbk soll in Zukunft intensiviert werden, damit die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am kulturellen Leben gezielt gefördert werden kann.

### **3.3 Öffentlichkeitsarbeit**

Bereits 2010 diskutierte der Vorstand, wie die kbk ihre Öffentlichkeitsarbeit weiter entwickeln kann. Nach diesem Impuls setzten wir uns auf der Geschäftsstelle vertieft mit unserer Öffentlichkeitsarbeit auseinander und hielten unsere Erkenntnisse in einem Kommunikationskonzept fest. Der Vorstand verabschiedete dieses im Berichtsjahr. In der Praxis führte diese dazu, dass sich die kbk gegenüber den Medien häufiger äusserte. Wir verschickten acht Medienmitteilungen, beantworteten zusätzlich mehrere Medienanfragen und erhielten die Gelegenheit in der Schulpraxis, einer Zeitschrift der Lebe, einen Artikel zur integrativen Schulung zu veröffentlichen. Die Medien erwähnten die kbk in Zusammenhang mit den Sparmassnahmen im Behindertenbereich und mit der Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs, sie wiesen auf die Plattform Behindertenpolitik hin und berichteten, wie das Lobbying der Behindertenorganisationen im Kanton Bern organisiert ist.

### **3.4 Vernetzung mit Behindertenorganisationen**

Die kantonalen Behindertenkonferenzen und ähnliche Zusammenschlüsse aus der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz trafen sich zwei Mal zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch. Im März organisierte der Zusammenschluss eine Tagung in Olten. Wir setzten uns gemeinsam mit den übrigen Behindertenorganisationen damit auseinander, wie die Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung in den Kantonen gestärkt werden kann. Aus der Tagung heraus entstanden zwei Projekte: Mit einer Datenbank soll eine Übersicht über die gesetzliche Verankerung der Behindertengleichstellung in den Kantonen geschaffen werden. So können Kantone von den Erfahrungen in

andern Kantonen profitieren. Daneben arbeitet der Zusammenschluss an einem Leitfaden für Regelungen auf der kantonalen Ebene.

## **4 Projekte**

### **4.1 Plattform Behindertenpolitik**

Bereits seit längerer Zeit beschäftigte uns die Frage, was die kbk tun kann, damit Menschen mit einer Behinderung ihre Interessen in politischen Gremien möglichst selber vertreten können. Relativ rasch war klar, dass die kbk dieses Thema nicht allein vorantreiben kann, sondern dafür mit den politischen Parteien zusammenarbeiten will. Die Parteien waren ohne weiteres zur Mitarbeit bereit. Mit der Podiumsdiskussion anfangs Juli stiegen wir ins Thema ein, wir wollten die Parteivertretenden fürs Thema sensibilisieren. Dies gelang sehr gut. Anfangs Dezember folgte dann die Tagung Plattform Behindertenpolitik. Die kbk lud Menschen mit einer Behinderung ein, die etwas bewegen wollen und sich für ein politisches Engagement interessieren. Nach drei Referaten führten die Teilnehmenden Gespräche mit den politischen Parteien und den Behindertenkonferenzen. Sie informierten sich, deponierten ihre Anliegen und knüpften erste Kontakte. An der Tagung nahmen etwa 25 Menschen mit einer Behinderung teil. Am Schluss war klar, es soll weitergehen, die Teilnehmenden wollen sich weiter engagieren. Deshalb wird die kbk auch im 2014 eine Plattform Behindertenpolitik organisieren, zusätzlichen laden wir alle Teilnehmenden als Gäste in die Mitgliederversammlungen ein.

## **5 Interna**

### **5.1 Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen**

Ein wichtiges Gefäss für den Kontakt mit den Mitgliedern und für die Meinungsbildung ist die Mitgliederversammlung. Im März werteten wir gemeinsam mit unseren Gästen Rolf Schuler (Vereinigung Cerebral und Fassis), Silvia Studer (Sozialarbeiterin, Pro Infirmis) und Barbara Obi (IV-Stelle Bern) die Erfahrungen aus einem Jahr Assistenzbeitrag aus. Anfangs Juli diskutierten wir gemeinsam mit Grossrätinnen und Grossräten über die politische Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung. Im September informierten uns Christa Schwab, Lukas Hohl und Daniela Lutz über Sensibilisierungskampagnen zur psychischen Gesundheit. Im November schliesslich beantwortete Herr Regierungsrat Pulver unsere Fragen rund um die Sonderpädagogik und die integrative Schulung im Kanton Bern.

Der Fachstellenaustausch fand zwei Mal statt. Der Informations- und Erfahrungsaustausch wird von den Teilnehmenden geschätzt. Die kbk gewinnt Einblick in die Beratungsarbeit und erfährt mehr über die Fragen, die sich dort konkret stellen.

Mit regelmässigen Rundmails informierte Christa Schwab die Mitgliederorganisationen über sozialpolitische und gleichstellungsrelevante Entscheide, Grundlagen, Ereignisse und Veranstaltungen auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Rundmails erschienen 23 Mal.

### **5.2 Vorstand**

Der Vorstand traf sich zu sieben Sitzungen und zu einem halbtägigen Workshop. Schwerpunkte bildeten selbstverständlich die politischen Themen. Zusätzlich bereitete der Vorstand im vergangenen Jahr vier Mitgliederversammlungen vor. Nach den Rücktritten von Barbara Aeschbacher und Josef Stadelmann war die Vorstandserneuerung mehrfach ein Thema. Es ist nicht ganz einfach, geeignete Leute zu finden. Auf Josef Stadelmann folgte sein Nachfolger bei der Pro Infirmis Walter Zuber. Mit Urs Germann sind die Hörbehinderten neu im Vorstand vertreten. Momentan fehlt eine Person, die das Thema Sonderpädagogik abdeckt. Wir hoffen, diese Lücke im 2014 schliessen zu können.

## **6 Dank**

Der Vorstand und die Geschäftsstelle bedanken sich bei all den engagierten Menschen und den Organisationen, die einen Teil ihrer Zeit und ihres Fachwissen der kbk widmeten. Ohne dieses grosse

Engagement könnte die kbk niemals alle genannten behindertenpolitischen Themen abdecken. Namentlich erwähnen möchten wir all diejenigen, die in einer Arbeitsgruppe oder im Vorstand mitarbeiteten.

- *Vorstand:* Barbara Aeschbacher (bis März), Urs Germann (ab Sommer), Lukas Hohl, Kurt Meier (Präsident), Käthi Rubin, Walter Zuber, Béatrice Stucki.
- *AG Sonderpädagogik:* Barbara Aeschbacher (bis März), Kathrin Bodmer, Ursula Beck, Yvonne Brütsch, Martina Nydegger
- *Kerngruppe Psychische Gesundheit:* Christa Schwab, Lukas Hohl, Markus Eisendraut, Daniela Lutz, Gabriela Imhof, Susanna Regli (bis Juni), Hasim Sancar, Mike Sutter (ab September), Gerhard Schmutz, Regula Thommen, Silvia Wicky
- *Bahnhof Bern:* Herbert Bichsel, Yvonne Brütsch, Pierre Chanez, Marc Fehlmann
- *VertreterInnen der kbk in Begleit-, Arbeits- und Fachgruppen - Umsetzung Behindertenkonzept:* Yvonne Brütsch, Kurt Meier, Käthi Rubin, Walter Zuber; *Umsetzung Strategie Sonderpädagogik 2010-2015:* Kathrin Bodmer, Yvonne Brütsch, Ursula Meier-Beck, Martina Nydegger; *Koordinationsstelle für äusserst schwierige Platzierungssituationen:* Käthi Rubin, Walter Zuber; *S-Bahn-Begleitkommission:* Marc Fehlmann; *Kommission Psychiatrie, OK-Aktionstage, Radio Locomotivo und Nationale Sensibilisierungskampagne:* Christa Schwab.

Herzlichen Dank an alle, die uns auf behindertenpolitische Problemstellungen und Missstände aufmerksam machten. Diese Hinweise bilden eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit.

Ein besonderer Dank gebührt den Diskussionsteilnehmenden und Referierenden, die mit ihren Impulsen unsere Mitgliederversammlungen bereicherten – namentlich sind dies Rolf Schuler, Silvia Studer, Barbara Obi, Thomas Fuchs, Blaise Kropf, Samuel Leuenberger, Katrin Zumstein, Daniela Lutz und Bernhard Pulver. Danken möchten wir auch den Referierenden der Tagung Plattform Behindertenpolitik - Simon Ryser, Katrin Zumstein und Herbert Bichsel – sowie denjenigen des Workshops Aktionsbündnis Manuel Moser und Roldand Gasser.

Ebenfalls dankend zu erwähnen ist der Früherziehungsdienst des Kantons Bern, sein Mitarbeiter, Rolf Landolt, führte die Buchhaltung der kbk zuverlässig und sorgfältig. Ein Dankeschön geht auch an die Pro Infirmis des Kantons Bern: Sie führte verschiedene Versände durch und nahm die Anmeldung für die Informationsveranstaltung entgegen.

Die Pro Infirmis Kanton Bern unterstützte uns mit einem grosszügigen Projektbeitrag aus dem Innovationsfonds. Vielen Dank!

Danken möchten wir auch all unseren Zusammenarbeitspartnern. Besonders zu erwähnen sind die Mitarbeitenden der GEF, der Erziehungsdirektion (ERZ), der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE). Sie haben unseren Anliegen ein offenes Ohr geliehen, unsere Fragen beantwortet, uns wichtige Grundlagen für unsere Meinungsbildung geliefert und mitgeholfen, Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen zu realisieren. Genauso wie die GrossrätInnen, die unsere Anliegen aufnahmen und auf politischer Ebene vertraten. Ebenfalls bedanken wir uns bei unserem Unterleistungsvertragspartner Integration Handicap für die unkomplizierte Zusammenarbeit und für die Vertretung unserer Interessen gegenüber dem Bundesamt für Sozialversicherungen.

*Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin*  
Burgdorf, im Januar 2014

---

#### **Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk**

Oberburgstrasse 21, 3400 Burgdorf  
034 423 06 31, [geschaeftsleitung@kbk.ch](mailto:geschaeftsleitung@kbk.ch)  
[www.kbk.ch](http://www.kbk.ch), PC 30-441559-4